

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto bezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Wulstzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Dreile Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4849, 4921. Marktstraße nur Nr. 4516 und 4608

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der bedrohte Achtstundentag

### Der Machtkampf des Unternehmertums

Die Flut der Reaktion steigt. Der Uebermut des Unternehmertums kennt kaum noch Grenzen, in ihren anmaßenden Forderungen legen sich die Scharfmacher keinerlei Schranken mehr auf. Die in den Arbeitsgemeinschaften soziale Verständnis heuchelnden Unternehmer benehmen jeden Kleinen Anlaß, um die geringen nach der Revolution errungenen Vorteile der Arbeiter Schritt für Schritt rückgängig zu machen. Sie rüsten offen mit emsigem Fleiß, um den Arbeitern und Angestellten zu geeigneter Stunde alle dem Scharfmacher unbequemen Positionen zu entreißen. Alle Masken fallen in der Hitze des Eifers. Die innige Verbrüderung zwischen den bayerischen Unternehmerverbänden und den Drögelschanditen ist bekannt, und nun wird auch die Unternehmerpresse allmählich offener. Sie scheint ihre Zeit für gekommen zu halten.

Gegen zwei Punkte richtet sich das reaktionäre Vorgehen des Unternehmertums. Gegen den Achtstundentag und gegen die angeblich hohen Lohnsätze. Es vergeht keine Tarifierung, ohne daß die Unternehmer alle Mühe aufwenden, um offen oder auf Umwegen die Löhne zu drücken. Eine allgemeine Anweisung, auf keinen Fall in neue Lohnverhandlungen zu willigen, ist von den Zentralen der Unternehmerverbände bereits an die Mitglieder ergangen. Die Angriffe der Unternehmer gegen den Achtstundentag werden in jüngster Zeit besonders kühn, nachdem die Reichsregierung durch die Verlängerung der Dienstzeit der Beamten ein schlechtes Beispiel gegeben hat, anscheinend mit bewußter Absicht.

Zunächst richten die Unternehmer ihre Bemühungen darauf, alle kürzeren als achtstündigen Arbeitszeiten zu weitigen. Die durchgehende Einführung der vollen Achtstündigen-Tag-Week ist allgemeine Parole. Es geht nicht gut an, gegen das Achtstundentag-Gesetz vorzustößen, solange man durch die tariflichen Vereinbarungen kürzere Arbeitszeiten zum Ausdruck bringt, daß man sogar mit solchen auskommen glaubt. So ist eben erst in der Textilindustrie, offenbar auf höhere Weisung, nach kurzem Bestehen ein Abkommen von den Unternehmern gekündigt worden, das die sechsundvierzig-Stunden-Week festgesetzt hatte. Lehnliche Vorgänge sind in vielen Industriezweigen zu beobachten.

Gegenüber den Scharfmachereien der großen Mehrzahl der Arbeitgeber kann ein sachliches, auf Erfahrung gegründetes Urteil eines einzelnen Industriellen angebracht werden. Der Stuttgarter Großindustrielle Robert Bosh entscheidet sich in einem Artikel der „Weltzeitung“ für die Beibehaltung des Achtstundentages.

Herr Bosh findet es begreiflich, daß die Fabrikarbeiter den Wunsch haben, die Arbeitszeit möglichst abzukürzen, da besonders die Arbeit an den Maschinen die sorgfältigste Aufmerksamkeit des Arbeiters erfordert. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen sei der Achtstundentag erwünscht, wenn nicht gar erforderlich. Er wolle deshalb zunächst, weil jede Warenerzeugung um so wirtschaftlicher sei, in je kürzerer Zeit eine gewisse Menge der Waren hergestellt werde. Dadurch werden die Betriebskosten geringer. Wo es gilt, Betriebsanlagen möglichst ausgiebig auszunutzen, solle man dies nicht mit längerer Arbeitszeit, sondern durch Schichtarbeit zu erreichen suchen.

Kun könnten allerdings Zweifel entstehen, fährt Bosh fort, ob der Mensch in acht Stunden seine Arbeitskraft auch tatsächlich ausgeben, ob er nicht doch in längerer Zeit mehr leisten kann. Bosh macht zunächst darauf aufmerksam, daß nicht allein die Zahl der Arbeitsstunden maßgebend ist für die Menge der erzeugten Waren, sondern auch die Schnelligkeit und Aufmerksamkeit, mit der gearbeitet wird. Schnelligkeit und Aufmerksamkeit aber seien größer bei kürzerer Arbeitszeit. Wörtlich fährt Herr Bosh sodann fort:

„Wohl aber hat die Erfahrung gezeigt, daß zum Beispiel in meinem Werk, das in Erdenszeiten jedes Jahr während einiger Monate ein oder zwei Stunden länger als acht Stunden, wie sonst Regel war, über Zeit arbeiten mußte, die erzeugte Gesamtmenge bei der längeren Arbeitsdauer im Anfang wohl etwas, mit der Zeit aber sogar unter die Leistung der Achtstundentagsarbeit heruntersank und sich erst nach und nach wieder auf die Regelleistung der Achtstundentagsarbeit hob. Man sieht deshalb die Regelleistung der Achtstundentagsarbeit ist ununterbrochen auch die einzelne Abteilung nie längere Zeit ununterbrochen überstunden machen, sondern ließ die Abteilungen abwechselungsweise über Zeit arbeiten. Nach dieser Erfahrung darf somit angenommen werden, daß der Durchschnittsmensch in etwa acht Stunden seine Tagesarbeit verrichten kann.“

Die bisherigen Betrachtungen haben also gezeigt, daß es mindestens in den industriellen Betrieben dem Durchschnittsarbeiter möglich ist, in acht Stunden eine Höchstleistung zu erzielen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß dem Arbeiter die besten, aus der neuesten technischen Einrichtungen zur Verfügung stehen und der ganze Betrieb auch sonst neuzeitlich, nach den durchdachten Grundrissen, organisiert und verwaltet ist. Tatsache ist leider, daß es immer noch Unternehmer gibt, die von einer

solchen Vervollkommenung ihrer Betriebe nichts wissen wollen, weil sie sich zu dem erforderlichen Aufwand von Denkart und Geld, der sich doch bald bezahlt machen würde, aus Bequemlichkeit oder sonstigen, ebenjowenig stichhaltigen Gründen nicht entschließen können und lieber im alten Trost weiterwurzeln.“

Bernünftige Erwägungen solcher Art mögen auf einzelne Unternehmer Eindruck machen, die lediglich Wert darauf legen, einem muster-gültigen, gutgeleiteten und einträglichem Betrieb vorzustehen. Vor Bosh war es Feißh in Jena, der seine Werke nach ähnlichen Grundrissen betrieb und zu den gleichen Ergebnissen kam. Und Brentano hat die günstigen Wirkungen einer kürzeren Arbeitszeit auf die Betriebsleistungen auf Grund von Beobachtungen in industriellen Werken verschiedener Länder bereits vor längerer Zeit nachgewiesen.

Die Zentralorganisationen des Unternehmertums aber haben bei ihrem Kampfe nicht das Interesse des einzelnen Unternehmerindividiums und des einzelnen Betriebes im Auge, sondern das Interesse der Kapitalistenklasse. Nicht auf die Ergiebigkeit der Produktion durch rationelle Arbeit, die Vollkommenheit der Technik mit Schonung der Arbeitskraft verbindet, kommt es den organisierten Unternehmern an, sondern auf die Machtentfaltung ihrer Klasse. Nicht nur, daß ein hoher Gewinn erreicht wird, ist das Ziel ihres Strebens, sondern, daß der Gewinn herorgebracht wird durch eine unfreie und niedergedrückte Arbeiterklasse, deren Lebensgestaltung sich gerade auf der Linie knapper Existenzmöglichkeit bewegt und die jeder Lebensfreude entbehrt. Es geht nicht an, daß diese Linie überschritten wird. Gewiß wird jeder Unternehmer einsehen, daß der erzielte Kapitalgewinn mit lebensfrohen, ausgeruhten und gutgenährten Arbeitern ebenso gut, ja noch sicherer erzielt wird wie mit unterdrückten, mit der Peitsche der Not getriebenen Heloten. Aber mag jener lebensfrohe und in Folge seiner relativ günstigen Lage auch kulturell anspruchsvollere Arbeiter für den Augenblick auch eine Quelle von reichem Unternehmergewinn sein, so ist er dafür auf die Dauer eine Gefahr für den Profit und für die Profitwirtschaft, für die Machtstellung der Unternehmerklasse überhaupt, denn er ist eine Keimzelle des Sozialismus.

Er hat mehr Zeit, und in seiner freien Zeit mehr Kraft, um sich um die Angelegenheiten seiner Klasse zu kümmern. Er liest Bücher und eignet sich Wissen an. Er tritt in den Dienst seiner politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und wird ein Feind der bestehenden Ordnung.

Gefahr gar, auf die sich der Arbeiter bei seinen Forderungen berufen kann, wie z. B. das Achtstundentags-Gesetz, steigern sein Selbstbewußtsein. Sie lenken durch das lebendige Beispiel, das nachhaltiger wirkt als jede Propaganda, seine Aufmerksamkeit auf die Möglichkeiten des politischen Kampfes und auf die Ausnutzung dieser Möglichkeiten zum Vorteil der Arbeiterklasse. Dem Unternehmer aber legen sie Schranken auf in der freien Verfügung über die Ausnutzung der Arbeitskraft, unbenutzte Schranken, die durch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten ohnedies in reichem Maße gegeben sind. Auch diese Organisationen werden gestärkt durch eine gesetzliche Höchstleistungszeit und durch ähnliche Gesetze. Um jene Teile der Arbeitsbedingungen, die zum Vorteil der Arbeiterklasse der gesetzlichen Regelung unterworfen worden sind, brauchen die Gewerkschaften nicht mehr zu kämpfen. Sie können ihre ganze Kraft also auf die Erreichung anderer Ziele konzentrieren, und dort um so härter wirken.

Der Kampf der Unternehmerklasse richtet sich nicht allein gegen eine kürzere Arbeitszeit an sich, sondern gegen die gesetzliche Bindung, gegen die gesetzliche Festlegung bestimmter Teile der Arbeitsbedingungen, die das Unternehmertum als ungeschützten Eingriff in sein Herrscherrecht empfindet, gegen den Schutz der Arbeitskraft durch Ausnutzung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse. Betriebsökonomische und machtpolitische Fragen stehen hier in enger Verbindung miteinander, und diese sind dem organisierten Scharfmachertum weit wichtiger als jene. Es gilt, die Machtstellung der Unternehmerklasse zu sichern. Ist diese Aufgabe erfüllt, dann mag der einzelne Unternehmer für sich oder im Rahmen und mit Hilfe seiner Organisation, zusehen, wie er mit „seinen“ Arbeitern und mit seinem Betrieb fertig wird. Erst wenn man diese Zusammenhänge begriffen hat, vermag man das Angeficht der kapitalistischen Ordnung in seiner ganzen trübseligen Scheußlichkeit zu erkennen.

Darum werden sachliche Erwägungen und vernünftige Ausführungen, wie sie Herr Bosh gemacht hat, verhallen wie die Predigt in der Wüste. Trotzdem können sie uns als Material dienen zur Unterstärkung der Arbeiterforderungen. Die Darstellungen Bosh's zeigen, daß das Interesse der Arbeiterklasse und die Forderungen der Gewerkschaften durchaus in Übereinstimmung sich befinden mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Das Interesse der Kapitalistenklasse aber steht im Widerspruch zu den Forderungen des allge-

meinen Wirtschaftslebens. Es hemmt den wirtschaftlichen Fortschritt und ist darum gegenwärtig mehr denn je eine wirtschaftliche und politische Gefahr.

Lehrreich für die Arbeiterklasse ist die Haltung des Unternehmertums außerdem insofern, als sie zeigt, daß die Kapitalistenklasse den Kampf um wichtige Einzelpositionen ihrer Macht nicht scheut. Kein Anlaß ist ihr zu gering, wenn es gilt, Macht zu gewinnen. Lehrreich sind diese Zusammenhänge ferner, weil sie zeigen, wie bewußt die Kapitalistenklasse mit allen Mitteln ihrer großen Macht ihren Vorteil der Gesamtheit ihrer Klasse im Auge hat. Vielleicht merken das auch zahlreiche Gewerkschafter endlich einmal und ziehen daraus die Lehre, daß darum auch die Organisationen der Arbeiterklasse in jedem Stadium einer jeden Einzelaktion und bei der Lösung jeder Einzelfrage dem Interesse ihrer Klasse dienen und sich einstellen müssen auf die Möglichkeiten, die die Lage der gesamten Arbeiterklasse bietet. Eine solche Taktik ist nur möglich, wenn die Lehren und Methoden des Klassenkampfes keinen Augenblick außer Betracht gelassen werden.

### Die Forderungen des Kronstädter Revolutionskomitees

DE. Terlofi, 10. März.

Dem Berichterstatter des „Ost-Express“ ist es gelungen, sich ein Exemplar der vom Kronstädter Revolutionskomitee herausgegebenen „Izwestija“ zu verschaffen. Die Nummer ist vom Dienstag, den 8. März. Im Leitartikel wird die Forderung aufgestellt, daß die gesamte Gewalt den Sowjets, nicht aber den Parteien gehören müsse. In einem anderen Artikel wird der Versuch der Sowjet-Presse, den Kronstädter Aufstand als eine weißgardistische Verschwörung hinzustellen, scharf zurückgewiesen und gegen die Beschuldigung protestiert, daß sich die Kronstädter Aufständischen an Finnland verkauft hätten. In einem „Wofür wir kämpfen“ überschriebenen Aufsatz werden folgende Kampfsprüche aufgeführt: Für die Befreiung der von den Kommunisten geknechteten Persönlichkeiten; gegen die Gewalt der Außerordentlichen Kommission (Tscheka), der Bureauratie und der Volkskommissare; gegen die Verklawung der wertvollen Massen durch die Gewerkschaften; gegen die Aufschneidungen von Bauern; für Rußland, das zur höheren Ehre der Kommunisten, denen die Volksinteressen fremd sind, in Blut ertrinkt. „Wir haben — so heißt es in dem Aufsatz — das Banner der dritten Revolution erhoben. Das Leben unter dem Joch der Kommunisten ist fürchterlicher als der Tod. Es gilt, zu siegen oder zu sterben. Wir kämpfen gegen die Konterrevolution von rechts und links. Die Welt muß sich davon überzeugen, daß in Rußland bisher kein Sozialismus bestanden hat. Wir werden die freie Wahl der Sowjets durchsetzen. Wir erstreben die Vereinigung der Arbeiter, Bauern und der wertvollen Intelligenz.“

Die „Izwestija“ des Kronstädter Revolutionskomitees teilen mit, daß es in Kronstadt ruhig sei. Es sei kein Belagerungszustand verhängt, denn es liege kein Grund vor, sich vor den eigenen Arbeitern, Matrosen und Intellektuellen zu fürchten. Bei dem Bombardement sind bisher nur zwei Matrosen verwundet worden. Die Forts haben durch die Beschichtung nur wenig gelitten. Die Stimmung in Kronstadt ist einmütig und zuversichtlich. In Anbetracht der Lebensmittelnknappheit teilt die Garnison ihre Lebensmittel mit der Bevölkerung.

Kronstadt hat einen Teil der bolschewistischen Batterien zum Schweigen gebracht. Sachverständige versichern, daß es angesichts der schwachen Artillerie der Küstenforts unmöglich sei, Kronstadt durch ein Bombardement zu bezwingen. In Petersburg ist es vorläufig ruhig. Die Regierung ruft in Proklamationen zum Kampf gegen die Gegenrevolution auf. Die Petersburger Arbeiterschaft ist über die Forderungen und Ziele der Kronstädter Aufständischen nicht unterrichtet.

### Die belgischen Sozialisten und die Sanktionen

BR. Brüssel, 10. März.

Die sozialistische Kammergruppe hat heute morgen über die Besetzung Deutschlands und die Vorgänge auf der Londoner Konferenz beraten. Mehrere sozialistische Abgeordnete übten an den Sanktionen scharfe Kritik und meinten, man sei zu rasch vorgegangen und dürfe nicht weitergehen. Banderwelts verteilte die Sanktionen.

Wir erinnern daran, daß Banderwelts einer der Führer der zweiten Internationale ist, der die Rechtssozialisten aller Länder angehört. Als Mitglied des belgischen Kabinetts hat er seine Unterschrift unter die Pariser und Londoner Beschlüsse gesetzt. Es ist deshalb begreiflich, daß er in der Sitzung der Kammerfraktion auch die Besetzung deutschen Gebietes verteidigte. Hoffentlich fördert diese Selbstenttöbung die Entwicklung der sozialistischen Erkenntnis in der belgischen Arbeiterschaft und zeigt auch dem Proletariat der anderen Länder, in welchem Abgrund die Internationale der Sozialpatrioten die Arbeiterbewegung hineinleuert.

# Die seidene Schnur

Wir wiesen gestern darauf hin, daß das führende Zentrumorgan „Germania“ sich scharf gegen die Stinnesleute wendete, die sofort nach der Rückkehr des Außenministers Simons eine scharfe Attade gegen ihn eröffnen. Das Blatt erinnerte daran, daß Herr Simons sich schon in Spaan den Zorn des Herrn Stinnes zugezogen habe, der damals schon den Bruch mit der Entente herbeiführen wollte. Es mahnte schließlich zur Geduld, bis die Frage gelöst werde, wie weit das Reichskabinet sich mit Dr. Simons solidarisch erkläre.

In ihrer gestrigen Abendausgabe nimmt die „Germania“ einen überraschenden Frontwechsel vor, indem sie es als notwendig erklärt, daß folgende drei Punkte vor allem aufgeheilt werden:

1. Ob und inwieweit die ersten deutschen Gegenvorschläge bereits von der deutschen Delegation selbst auf der Fahrt nach London verändert worden sind. Man wird sich erinnern, wie Dr. Simons in London bei der Unterbreitung der deutschen Gegenvorschläge davon gesprochen hat, daß sie erst unterwegs ihre endgültige Fassung erhalten hätten. Im Zusammenhang damit ist in der Presse hier und da die Meinung laut geworden, dabei seien die von der Reichsregierung aufgestellten Richtlinien nicht voll und ganz zur Geltung gekommen. Wir haben uns diese Ansicht bisher nicht zu eigen gemacht, können aber selbstredend nicht darauf verzichten, nun vom Außenminister Dr. Simons darüber umfassendste Aufklärung zu erhalten, denn die volle Beachtung der ihm mitgegebenen Richtlinien ist naturgemäß von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der von ihm verfolgten Politik und für die Art, in der er sich seines Auftrages entledigt.

2. wird festgestellt werden müssen, welchen Einfluß der deutsche Botschafter in London, Senator Stüamerr, auf die Entschlüsse unserer Delegation ausgeübt hat.

3. erhebt sich die Frage: Wie hat das Angebot eines Provisoriums in seinen Einzelheiten gelaute und wie weit sind bei dem letzten Angebot bezüglich eines Provisoriums, sofern man bei ihm von einem Provisorium überhaupt noch sprechen kann, die vom Reichskabinet für die Verhandlungen mit der Entente gezogenen Grenzlinien etwa überschritten worden?

Die hier formulierten Fragen bedeuten nichts anderes, als die seidene Schnur für den bei den Stinnesleuten in Ungnade gefallenen Dr. Simons. Ihrem Wesen nach sind die hier gestellten Fragen keineswegs einheitlich. Während der dritte Punkt unter dem Diktat der Deutschnationalen und der Stinnesleute entstanden zu sein scheint, denen das von Dr. Simons angebotene Provisorium zu weit ging, berührt der erste Punkt die Angelegenheit, die schon Genosse Breitheid in seiner Reichstagsrede eingehend behandelte. Die Vorschläge, die Dr. Simons in London unterbreitete, sind erst im Eisenbahnlupe von dem Minister im Verein mit zwei Geheimräten und dem General Seeßl formuliert worden. Hierbei wurden Tatsachen unberücksichtigt gelassen, die in Berlin besprochen worden waren, und die ganzen Vorschläge haben dadurch eine Form erhalten, die die Stellung der deutschen Delegation von vornherein ungünstig gestaltete.

Es ist auch unsere Meinung, daß über alle diese Dinge restlos Klarheit geschaffen und die Verantwortlichen festgestellt werden. Aber schon jetzt möchten wir bemerken, daß unabhängig von den zutretenden Einzelheiten das gesamte Kabinet die Verantwortung für diese Angelegenheit trägt, und dies um so mehr, als es sich gestern mit Dr. Simons einstimmig solidarisch erklärt hat.

## Das Reichskabinet für Simons

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Sitzung des Kabinetts statt, in der der Minister des Auswärtigen über die Londoner Verhandlungen Bericht erstattete. Auf Grund dieses Berichts und der eingehenden Aufklärungen, die sich in ausführlicher Aussprache ergaben, fasste das Kabinet einen Beschluß, der die Tätigkeit des Ministers einmütig billigt und sich mit seiner Haltung in London einverstanden erklärt.

Im Ausschuh des Reichstages für die Auswärtigen Angelegenheiten erstattete am Donnerstag nachmittag unter Anwesenheit des ganzen Reichskabinetts usw. Minister Dr. Simons ausführlich Bericht über die Londoner Konferenz. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt.

## Steuerentlastung der Besitzenden

Der Steuerausschuh des Reichstags erledigte am Donnerstag die erste Lesung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. Bei der Beratung forderte der Vertreter des preussischen Finanzministeriums, daß den Gemeinden Ertrag für den Ausfall des Wegfalls der gemeindlichen Zusatzbesteuerung gewährt werden müsse. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums widersprach dem und wollte einen Rechtsanspruch der Gemeinden nicht anerkennen. Abg. Herz (U. S.): Auch seine Partei sei gegen die Bestimmung des Existenzminimums der niedrigen Einkommen. Wenn jetzt aber diese Bestimmungen fortfallen, müsse den Gemeinden bei ihrer Abhängigkeit von der Reichsfinanzgesetzgebung unbedingt ein Rechtsanspruch auf Ertrag gegeben werden. Die Ungewissheit und der Druck, für die Finanzen der Gemeinden müsse aufhören. Es sei nicht angängig, sie auf die ferne Zukunft zu vertragen. Woher sollen dann die Gemeinden die Mittel für ihre Ausgaben nehmen?

Die weiteren Verhandlungen zeigten noch deutlicher als in den bisherigen Sitzungen die Absichten der bürgerlichen Parteien auf Entlastung der Besitzenden. Eindringlich wiesen die Abg. Keil (S. P. D.) und Herz (U. S. P. D.) darauf hin, daß die Beschlüsse des Steuerausschusses für die Veranlagung der Besitzenden deren weitgehende Entlastung bedeuten, daß aber damit auch die Vorschläge der Regierungspartei für die Veranlagung der Lohnempfänger hinfällig seien. Besonders müsse eine erhebliche Herabsetzung des Existenzminimums und der Werbungskosten vorgenommen werden. Die trotz aller Bedenken von den Finanzämtern durchgeführte nachträgliche Veranlagung bei den niedrigen Einkommen sei überflüssig, der Arbeitsaufwand liege nicht im Verhältnis zu dem Ertrag. Die Finanzämter sollten statt dessen die Veranlagung der hohen Einkommen durchführen.

Von den bürgerlichen Parteien wurde ein Eingehen auf die Kernfrage, die verhängende Behandlung des Kapitalbesitzes und der Befreiung von Arbeitskraft sorgsam vermieden. Sie verbannten sich dafür umso heftiger hinter dem scheinbaren Einwand, den sie bei ihren eigenen Anträgen für die Veranlagung der Kapitalisten völlig unberücksichtigt gelassen hatten, bei Berücksichtigung der Wünsche der sozialdemokratischen Parteien auf Ermäßigung für die Lohnempfänger würde ein großer Ausfall an Steuern entstehen. Gegenüber völlig hilflosen und später zurückgezogenen Vorwürfen, die Linke habe die Verhandlungen des Ausschusses erschwert, erwiderte der Abg. Kessel (U. S. P. D.), dieser Vorwurf schied sich an die eigene Adresse, denn die bürgerlichen Parteien hätten die Verhandlungen wochenlang unruhig hingezogen. Der Steuerfuß von 10 Prozent bei kleinen Einkommen sei zu groß, der Abzug von 120 M. viel zu niedrig. Auch

die Frage des Abzuges der Erwerbungssteuern müsse sofort erledigt werden.

Die bürgerlichen Parteien wollten nun sofort die Abstimmung vornehmen. Abg. Keil (S. P. D.) erklärte, dem keinen Widerstand entgegenzusetzen zu wollen, seine Freunde würden sich aber der Abstimmung enthalten. Abg. Herz (U. S.) stellte den Antrag, die Abstimmung bis Freitag auszuschieben. Es könne den sozialistischen Parteien, die keine Gelegenheit gehabt hätten, die Fragen gründlich zu beraten, nicht die Möglichkeit einer nochmaligen Beratung verwehrt werden. Die bürgerlichen Parteien stimmten aber diesen Antrag nieder und nahmen die Abstimmung aller noch nicht erledigten Anträge vor, bei der sich deshalb die Unabhängigen der Stimme enthielten.

Am Montag wird die zweite Lesung im Ausschuh beginnen. Ob das Plenum die gesamte Novelle noch verabschieden kann, ist aber mehr als zweifelhaft. Die bürgerlichen Parteien haben die Absicht, aber die sozialistischen Parteien erklärten, daß sie auf gründlicher Beratung der Vorlage im Ausschuh und im Plenum unbedingt bestehen werden. Das ist auch um so notwendiger, als kein Zweifel daran besteht, daß die bürgerlichen Parteien die gespannte politische Situation und die Tatsache, daß das Hauptinteresse gegenwärtig den außenpolitischen Fragen zugewandt ist, benutzen wollen, um für die kapitalistischen Kreise eine weitgehende Entlastung von der Einkommensteuer herbeizuführen. Denn das ist der Hauptinhalt der bisherigen Beschlüsse des Ausschusses.

# Internationale sozialistische Demonstration am 13. März

Die Wiener Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hat den Beschluß gefaßt, am 13. März in allen großen Städten Europas gewaltige Kundgebungen zu veranstalten

- gegen die Versklavung der deutschen Arbeiter,
- gegen den Militarismus,
- gegen einen neuen Krieg,
- für den Weltfrieden,
- für die allgemeine Umgestaltung der Friedensverträge,
- für das Selbstbestimmungsrecht der Völker,
- für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler sozialistischer Solidarität.

## Die Güter des Prinzen

Die bürgerliche Presse bringt längere Mitteilungen über die Vorgeschichte eines Vermögensübernahmeverfahrens, das gegen den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen durchgeführt werden soll. Es handelt sich um die Herrschaft Platan-Krosante an der polnischen Grenze, die außerordentlich umfangreich ist und die besonders wertvollen Waldbesitz hat. Im vorigen Jahre sollen einige Finanzleute unter Umgehung des Generalbevollmächtigten des Prinzen diesem den Vorschlag gemacht haben, zur finanziellen Ausstattung seiner Besitztümer eine Gesellschaft zu gründen. Er würde, so habe es in dem Briefe eines der Beteiligten geheißen, große Beträge in neutralen Valuten erhalten. Auch die Bestimmung des Prinzen Duppel-Dreilinden bei Berlin-Wehlendorf sollte auf diese Weise „gegründet“ werden. Von den Interessenten wurden die familiären Besitztümer auf über eine Milliarde geschätzt. Das Geschäft verfiel sich, der Prinz, der sich in Lugano aufhält, lehnte ab.

Nun ließ der Ministerialdirektor Bachem aus dem preussischen Finanzministerium dem Prinzen ein Schreiben überreichen, worin ihm gedroht wurde, daß seine Verhältnisse zwangsweise geregelt werden sollten, wenn er nicht auf die obengedachte Aktion eingehe. Diese ministerielle Pression habe der Prinz ebenfalls abgelehnt. Jetzt habe das Finanzministerium durch den Oberstaatsanwalt beim Amtsgericht Potsdam einen Entmündigungsantrag stellen lassen, der sich auf ein Gutachten stütze, das 1917 im Auftrage des früheren Königs von Geheimrat Bonhöfer erstattet sein sollte. Nachdem auch dieser Weg nicht zum gewünschten Ziel geführt habe, habe das Finanzministerium eine neue Verordnung des preussischen Staatsministeriums erwirkt, die die Güter des Prinzen in staatliche Verwaltung stellt.

Das preussische Finanzministerium teilt dazu mit, daß diese Darstellung von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die Verordnung sei auf rechtlich einwandfreie Weise erlassen worden. Im übrigen sollen heute der Presse nähere Mitteilungen über den Fall gemacht werden.

## Zur Abstimmung in Oberschlesien

### Die technische Durchführung der Abstimmung

Die Zentralstelle Breslau für die technische Durchführung der oberschlesischen Abstimmung teilt mit: „Nach amtlicher Mitteilung der Interalliierten Kommission in Oppeln sind die Wahlkarten (ausgleichslos) vollständig verhandelt. Es fehlen nur noch einige wenige, die der Entschädigung der Interalliierten Kommission in Oppeln selbst unterliegen. Die Entschädigungen über diese letzten Wahlkarten sind den betreffenden Stimmberechtigten durch die Interalliierte Kommission telegraphisch mitgeteilt, und zwar im Falle der Annahme ihres Stimmzuges mit Hinzufügung, daß die Wahlkarte an den Magistrat Breslau gesandt wird. Alle Stimmberechtigten, die ein solches Telegramm erhalten, melden sich umgehend bei ihrer Ortsgruppe der vereinigten Verbände feimattreuer Oberschlesier und sind von dieser im Einvernehmen mit der zuständigen Zweigstelle des Deutschen Schutzbundes über Breslau zu leiten. In Breslau melden sie sich bei dem Beamten des Magistrats Breslau, auf der Ankunftsstelle Breslau Hauptbahnhof, zum Empfang ihrer Stimmkarte. Jeder Abstimmungsberechtigte wartet mit der Karte bis zum Empfang seiner Stimmkarte oder des vorkommend erwähnten Telegramms der Interalliierten Kommission.“

### Kundgebungen oberschlesischer Arbeiter

In einer Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, an der 500 Funktionäre, Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder des Verbandes teilnahmen, wurde gegen 4 kommunistische Stimmen ein Aufruf an die oberschlesischen Polen ausgenommen, in welchem es u. a. heißt: „Deutsch oder polnisch heißt die Parole. Kameraden, Bergarbeiter! Wir sind keine Nationalisten. Nur gezwungen durch unsere wirtschaftlichen Interessen müssen wir uns für die eine oder andere Seite entscheiden. Von Eurer Klugheit hängt Eure Zukunft, das Wohl und Wehe Eurer Frauen und Kinder ab. Der Militarismus, der Euch so lange bedrückte, ist für Deutschland für alle Zeiten beseitigt. Neun Millionen freitragender Arbeiter und Angehörigen bieten die Gewähr, daß die Reaktion ihre alle

Herrschaft nicht wieder antritt. In Polen herrscht die Reaktion und der Militarismus... berechtigte Lohnkämpfe werden durch die Soldateska niedergedrückt. Freieitliche Zeitungen werden verboten, Gewerkschaftsbüros geschlossen, Organisationen aufgelöst, arbeiterfreundliche Abgeordnete, die im polnischen Parlament — protestierten, wurden gewaltsam von den Verhandlungen ausgeschlossen.“

Eine Konferenz von Vertretern der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Oberschlesien, erklärte sich für die Aufklärung der arbeitenden Bevölkerung im Sinne der Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland. Es heißt in der Resolution weiter: „Für diese Stellungnahme sind nur wirtschaftliche Notwendigkeiten maßgebend. Die Tatsache, daß bei einer Abtrennung Oberschlesiens von der deutschen Republik das Wirtschaftsleben Oberschlesiens wie des übrigen Deutschlands stark erschüttert wird, Kohlenmangel, Materialmangel, für die Metallindustrie besonders, und daraus entstehende Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur, wie noch größer werdende Arbeitslosigkeit, zum Nachteil der Arbeiterchaft Oberschlesiens selbst, als unabwendbare Folgeerscheinung sich bemerkbar machen würden, veranlaßt die Konferenz, diesen Beschluß als ihre Willensäußerung auszudrücken.“

## Die verpuffte Parole

Kaum hatten die Kommunisten vernommen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den Bruderparteien des Auslandes die Arbeiterklasse zu einer internationalen Kundgebung auf den 13. März aufgerufen hatte, so besaßen sie sich darauf, daß auch sie demonstrieren müßten. Da sie nun einmal für die Einigung des Proletariats sind, so bewiesen sie das praktisch dadurch, daß sie ihre Anhänger aufforderten, schon drei Tage vorher sich zu versammeln. Das ganze Proletariat mußte es sein, „über alle Parteigrenzen hinweg“, so konnte man in der „Roten Fahne“ lesen.

Das ganze Proletariat Berlins war es nun gerade nicht, das sich gestern nachmittag im Lustgarten versammelt hatte. Es war ein wunder schöner Vorfrühlingstag, die milde Luft lud ordentlich zu einem Aufenthalt im Freien ein. Aber man muß feststellen, daß dieses günstige Wetter der kommunistischen Kundgebung nicht sehr günstig war. Das „Proletariat“, das sich auf den Freitreppen des Doms und des Alten Museums versammelt hatte, setzte sich lediglich aus den pflichtgetreuesten Parteikommunisten zusammen, die ergänzt wurden durch eine Anzahl zu diesem Zwecke mobilisierter Erwerbsloser und einer Schaar aus der kommunistischen Jugend. Als Redner traten nur Halb- und Viertelsgötter auf, die sich gegenseitig überschrien und ihren revolutionären Totendrang dadurch betätigten, daß sie die Hundertrunde von Arbeitern, die nicht erschienen waren, als „Kettenhunde der Bourgeoisie“ beschimpften. Es kam nachher noch zu einem Demonstrationssing, der trotz der vielen roten Fahnen einen dürftigen Eindruck machte.

Die eine Lehre werden die Kommunisten hoffentlich aus ihrer gestrigen Kundgebung gezogen haben: es genügt nicht, jeden Tag eine neue Parole auszugeben, sondern die Massen folgen nur dann dem Ruf zur Aktion, wenn sie gewiß sind, daß damit nicht den Interessen einer Partei, sondern des ganzen Proletariats gedient werden soll.

## Keine Ueberschichten mehr!

Am Mittwoch fanden in Essen mit der Arbeitsgemeinschaft des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues Verhandlungen statt, die sich mit der Frage der Verlängerung des Ueberschichten-Abkommens im Kohlenbergbau befaßten. Generaldirektor Wislitz führte hierbei den Vorschlag, die Regierung war vertreten durch Regierungsrat Tiburtius vom Reichsarbeitsministerium, Regierungsrat Werner vom Reichswirtschaftsministerium und durch den Reichskommissar Rehlisch. Gleichzeitig wurde über die beantragten Lohnerhöhungen in Verhandlungen eingetreten, die aber ergebnislos verliefen sind. Das Ueberschichten-Abkommen wird ebenfalls ausprobiert nicht verlängert werden. Auf den Zeichen wird am Freitag durch Aushang bekanntgegeben werden, daß vom Montag ab nur die regelmäßige normale Seilschaft ohne Ueberschichten stattfindet.

Ueber die Lohnfrage wird am Freitag entsprechend den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unter Leitung eines Vertreters vom Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Bei einem eventl. Scheitern soll dann sofort der Schlichtungsausschuh seine Entscheidung fällen.

## Abbruch der deutsch-englischen Handelsbeziehungen

II. London, 10. März.

Bonar Law hat im Unterhause den angekündigten Gesetzentwurf über die Abgabe von 50 Prozent des Verkaufspreises für aus Deutschland gelieferte Ware eingebracht. Er teilte mit, daß die Beratungen des Entwurfs jedoch erst nach Ostern beginnen sollen. Die Handelsbeziehungen sollen in Erwartung der durch das Gesetz vorgesehenen Maßnahmen abgebrochen werden. Auf die britischen Schulden in Deutschland soll das Gesetz keinen Einfluß haben, ebenso wenig auf die deutschen Schulden in England. Soweit bisher bekannt, beläuft sich der Gesamtbetrag der englischen Schuld in Deutschland auf 54 Millionen Pfund Sterling, während die deutschen Kaufleute 70 bis 80 Millionen Pfund Sterling in England zu zahlen haben.

## Aus dem neubesetzten Gebiet

Die Nachrichten von einer Besetzung Hamburgs treffen vorläufig nicht zu. Eine Interalliierte Kommission hat sich gestern aus Hamburg wieder entfernt, allerdings mit der Erklärung, daß eine andere Kommission eintreffe. Doch glaubt man, daß die Truppen irtümlicherweise zuweit vorgestoßen waren. Hingegen bleibt die August-Edelmann-Hütte von belgischen Kadavertuppen besetzt. Gerüchte von einer Besetzung Oberhausen sind darauf zurückzuführen, daß gestern die Stadt durch Truppen zu Anklärungszwecken durchzogen wurde.

### Die Freiheit der Presse

Anlässlich der Besprechung von Vertretern der rheinischen Bevölkerung vor der interalliierten Rheinlandkommission hatte ein Pressevertreter den Wunsch geäußert, daß es den Zeitungen ermöglicht werde, die Parlamentsberichte ungekürzt zu veröffentlichen, auch dann, wenn in den Reden der Abgeordneten Kritik an den Ententeregierungen und der Rheinlandskommission geübt werde.

Die Rheinlandskommission hat dem Wunsche entsprochen und dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitgeteilt, daß der Veröffentlichung der Sitzungsberichte der parlamentarischen Verhandlungen nichts im Wege stehe, vorausgesetzt, daß dieses Recht nicht durch eine böswillige Entstellung mißbraucht werde, durch die die Sicherheit oder die Würde der Behörde oder der Besatzungstruppen beeinträchtigt würde.

Massenverhaftungen wegen der Ermordung Datas. Die belgische Telegraphen-Agentur berichtet aus Madrid, daß spanische Blättermeldungen zufolge bis jetzt 50 Personen im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Ministerpräsidenten verhaftet wurden. Unter den Verhafteten befinden sich verschiedene bekannte Sozialisten und Sozialisten.



# A. Wertheim Lebensmittel

Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz

Sowelt Vorrat:

## Frisches Fleisch

- Schweineschinken 15<sup>00</sup>
- Schweine-Bauch u. -Blatt 15<sup>00</sup>
- Schweinerücken Pfd. 15<sup>00</sup>
- Rinderkamm ..... Pfd. 10<sup>50</sup>
- Rinderbrust ..... Pfd. 10<sup>50</sup>
- Roastbeef ..... Pfd. 11<sup>00</sup>
- Schmorfleisch m. Knochen Pfd. 11<sup>50</sup>
- Gulasch ..... Pfd. 11<sup>00</sup>
- Gehacktes Rind- und Schw.-Fleisch 11<sup>00</sup>
- Hirschfleisch 9<sup>00</sup> 13<sup>00</sup> 16<sup>00</sup>

## Kolonialwaren

- Pflaumen ..... Pfd. 4<sup>80</sup>
- Gem. Backobst ..... Pfd. 4<sup>80</sup>
- Amerik. Ringäpfel Pfd. 8<sup>20</sup>
- Kaliforn. Pfirsiche Pfd. 13<sup>00</sup>
- Bruchreis ..... Pfd. 2<sup>25</sup>
- Vollreis ..... Pfd. 3<sup>25</sup>
- Graupen ..... Pfd. 2<sup>80</sup>
- Erbswurst in Rollen 250 gr. Stück ..... 2<sup>45</sup>
- Grünkernmehl 250 gr. Paket ..... 2<sup>30</sup>

## Wurst

- Zwiebelleberwurst 12<sup>00</sup>
- Rotwurst ..... Pfd. 12<sup>00</sup>
- Landleberwurst Pfd. 19<sup>00</sup>
- Jagdwurst ..... Pfd. 19<sup>00</sup>
- Fleischwurst ..... Pfd. 19<sup>00</sup>
- Teewurst ..... Pfd. 25<sup>00</sup>
- Schink.-Speck Pfd. 27<sup>00</sup>  
in Stücken von ca. 1 1/2 Pfd.

## Käse

- Weichkäse nach Neufchâtel Art. Pfd. 6<sup>00</sup>
- Auslandskäse n. Harzer Art. Pfd. 9<sup>80</sup>
- Landkäse ..... Pfd. 7<sup>40</sup>
- Goudakäse dän. .... Pfd. 9<sup>25</sup>
- Edamer Käse .... Pfd. 18<sup>00</sup>

## Fische

- Kabeljau in ganzen Fischen, ohne Kopf... Pfd. 3<sup>00</sup>
- Bratzander ..... Pfd. 10<sup>50</sup>
- Lebende Bleie .... Pfd. 7<sup>50</sup>
- Lebende Hechte Pfd. 13<sup>50</sup>

## Räucherwaren

- Bücklinge ..... Pfd. 4<sup>30</sup>
- Sprotten ..... Pfd. 5<sup>20</sup>
- Salzheringe gr. Stück 50 Pf.
- Fetheringe ..... Stück 1<sup>20</sup>
- Herings-Rogen... Pfd. 1<sup>10</sup>
- Herings-Milch ..... Pfd. 1<sup>40</sup>

## Gemüse, Obst

- Kartoffeln ..... 10 Pfd. 4<sup>80</sup>
- Kohlrüben Holl. Pfd. 40 Pf.
- Mohrrüben gewaschen Pfd. 35 Pf.
- Märk. Rübchen Pfd. 50 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfd. 1<sup>80</sup>
- Schnittlauch Topf .... 1<sup>40</sup>
- Blumenkohl ..... Kopf 2<sup>50</sup>
- Maronen ..... Pfd. 1<sup>80</sup>
- Feigen ..... Pfd. 5<sup>50</sup>
- Zitronen gelbe, 3 Stück 85 Pf.
- Apfelsinen 50, 70, 95 Pf.
- Blutapfelsinen Stück 80 Pf.
- Johannisbrot ..... Pfd. 1<sup>80</sup>

- Wildenten ..... Stück 9<sup>00</sup>
- Frische Landeier ..... Stück 1<sup>60</sup>
- Zwiebeln ..... Pfd. 40 Pf.

- Margarine ..... Pfd. 9<sup>50</sup> 1-Pfd.-Paket 9<sup>75</sup>
- Schweineschmalz garant. rein, Pfd. 11<sup>50</sup>

- Bauernmettwurst ..... Pfd. 20<sup>00</sup>
- Brühpolnische ..... Pfd. 15<sup>00</sup>
- Geräucherter Speck ..... Pfd. 12<sup>00</sup>

## Bordeauxwein

- 1918 Chât. St. Georg. 22<sup>00</sup> 1917 Chât. Ferrand.. 29<sup>50</sup>
  - 1918 Chât. du Pin .... 23<sup>75</sup> 1918 Chât. Perreins. 30<sup>50</sup>
  - 1918 Chât. d. Vignes 26<sup>00</sup> 1917 Château Larose 32<sup>50</sup>
  - 1919 Montagne, Natur. 15<sup>80</sup> Heidelbeerwein ..... 11<sup>50</sup>
  - Apfelwein ..... 5<sup>00</sup> Johannisbeerwein.. 13<sup>50</sup>
- Leere Flaschen werden mit 80 Pfg. per Stück zurückgenommen.

**Außergewöhnliches Angebot!**  
**Blut- oder Leberwurst 4<sup>25</sup>**  
2 Pfund-Dose

**Rind- u. Schweinefleisch 9<sup>25</sup>**  
2 Pfund-Dose

Schnellerer Abfertigung halber empfiehlt es sich, Köche oder Taschen mitzubringen

Im Erfrischungsraum: Schokoladenkränze Stück M. 7.50

## Theater und Vergnügungen

### Volksbühne

7 Uhr: Das Postamt  
Die Komödie der Jungen

### Neues Volks-Theater

Königsplatz 66  
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:  
Der Mann Hodor

### Staatstheater.

Opernhaus  
7 1/2 Uhr:  
III. Sinfonie-Konzert

### Torquato Tasso

7 Uhr:  
Schauspielhaus

### Stranion-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Gesellschaft des Abbé Chateauf

### Wendin-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:  
Lady Windermere's Fächer

### Kleines Theater

Unter den Linden 44  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Gaiwanovs Sohn

### Lessing-Theater

Direkt.: Victor Barnowitsch  
7 1/2 Uhr: Flamme

### Deutsches Theater

(Döring, Hartmann, Klein-Rogge, Walther)  
Sonnabend bis Montag  
7 1/2 Uhr: Ein idealer Vater

### Deutsches Kunst-Theater

7 1/2 Uhr:  
Die Scheidungsszene

### Theater am Rollendorfsplatz

7 Uhr:  
Wenn Liebe erwacht...

### Komische Oper

Abendlich 7 1/2 Uhr:  
Liebe im Schnee

### Thalia-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:  
Mascottchen

### Rose-Theater

7 1/2 Uhr:  
Ledige Mütter

### Walhalla Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der Vogelhändler

## Großes Schauspielhaus

An die Abonnenten!  
Es wird darauf hingewiesen, daß die Aufführungsreihe des 4. Abonnementsjahres (4. Abend) Der Kaufmann von Venedig, Montag, den 14. März beginnt. Die Reihenfolge der Vorstellungen für den 4. Abend ist folgende: 18.-25. Vorstellung, dann Vorstellungen 27., 29., 31., 33. hierauf Vorstellungen 1.-14.

### Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orléans

### Großes Schauspielhaus

7 Uhr: Florian Oeger

### Königsgräber Str.:

8 Uhr: Calamé

### Komödienhaus:

7 1/2 Uhr: Das weiße Lämmchen

### Berliner Theater:

Die Spanische Nachtigall

### 7 1/2 Apollotheater 7 1/2

Sensations-Ausstattungschauspiel

### Madame Dubarry's

Liebesleben mit der weltberühmten Saharot

### 8 Casino-Theater 8 1/2

Der Großfisch

### 1/2 Jolles Caprice 1/2

(am Oranienburger Tor)

### Theater a. Kolth. To

7 1/2 Uhr: und zu haben

### Elite-Sänger

Gründer-Lac'erfolg

### STEIDL- THEATER

Moitzplatz (früher Dogenhagen)

### Gute Bücher

mit gelegentlichem Inhalt, in vornehmer Ausstattung

### Besten Geschenke

Reiche Auswahl bietet die

### Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2

Breite Straße 5-9

### Betriebsräte • Gewerkschaften • Arbeiterräte

### Arbeiterstiefel

gut durchgeputzt, neu beschliffen

Schnürschuhe Paar M. 35.—

Schaftstiefel Paar M. 55.—

haben

Eislebener Straße 11, Laden 4

Ecke Rankenstraße \* Nähe Bahnhof Zoo

### Residenz-Kasin

Bismarckstr. 10

### Großer Gelb-Ball

Neue Dekorierungen! Neue Lichteffekte!

Prämiierung der 3 schönsten Damen

Nur für die ältere Jugend

### METRO

Bismarckstr. 34

abg. 7 1/2 Uhr:

14 Attraktionen

### Garderoben

für Herren und Damen

### Gardinen

an Teilzahlung

### GREBLER

Weinb. radwa 4

### Zigaretten-großhandlung

Deh. Markth. 1. Obergeschoss

Deh. Markth. 1. Obergeschoss

Deh. Markth. 1. Obergeschoss

Am Sonnabend, den 5. März, verstarb unsere liebe Kollegin

## Aenni Müller

Memeler Straße 1b

im blühenden Alter von 18 Jahren.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. März, 12 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Der Verstorbene werden wir ein treues Andenken bewahren.

Die Kolleginnen und Kollegen der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg

## Oster-Geschenke

Gute Bücher  
mit gelegentlichem Inhalt, in vornehmer Ausstattung  
sind die besten Geschenke

Reiche Auswahl bietet die

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2  
Breite Straße 5-9

## Zur Jugendweihe

Glückwunsch-Karten  
Einladungs-Karten  
Geschenkwerte

für die schulclassen Jugend  
mit gelegentlichem Inhalt in wertvoller  
vornehmer Ausstattung

Buchhandlung  
„Freiheit“  
Berlin C. 2  
Breite Str. 5-9

## Zur Jugendweihe

Glückwunsch-Karten  
Einladungs-Karten  
Geschenkwerte

für die schulclassen Jugend  
mit gelegentlichem Inhalt in wertvoller  
vornehmer Ausstattung

Buchhandlung  
„Freiheit“  
Berlin C. 2  
Breite Str. 5-9

Mit in allen  
Mittel- und  
Großhandlungen  
erhältlich

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

### Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgendes Mitglied  
gestorben ist:

Der Elektromonteur  
**Bruno Niemezyk**

Gothenstraße 20, am 8. März.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. März,  
nachm. 3 Uhr, am der Friedhof des 2. Seides-Fried-  
hofes in Schöneberg, Adlonstr. Bionke Höhe, aus Hart-  
stege Beteiligung wird erwartet.

### Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder  
bestorben sind:

Der Dreher  
**Heinrich Groth**

am 27. Februar.

Der Arbeiter  
**Paul Weidler**

Oppelner Straße 3, am 8. März.

Der Arbeiter  
**Herm. Radestock**

Strußstr. Köpenicker Ring 17, am 7. März.

Der Helfer  
**Jakob Heller**

am 7. März.

Ehre Ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.

Telephon: Amt Norden 155, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 11. März 1921, vormittags 10 Uhr

## Verammlung

aller im Lokomotiv- u. Wagenbau und sonstigen  
Großbetrieben beschäftigten Schmiede,  
Presser, Krans- und Hammerführer

in Wahren Pfeifeln, Weinstraße 17.

Tagesordnung:

Wie verbessern wir die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen?

Sonntag, den 13. März 1921, vormittags 10 Uhr

## Branchenversammlung

der Emailer und verwandten Berufe  
Berlins und Umgegend

in „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 42 a, Ecke Prinzenstr.

Tagesordnung:

1. Aussprache über unser Lohnabkommen, den Mantelanzug  
sowie die Ferienfrage und unsere Stellungnahme dazu.

2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 13. März 1921, vormittags 9 1/2 Uhr

## Branchenversammlung

der Hilfsarbeiter

in der Schulstra. 16, Weinmeisterstraße 16.

Tagesordnung:

1. Bericht. 2. Ernennung der Branchenkommission.

3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

## Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Sonntag, den 13. März 1921, vormittags 10 Uhr

## Monatsversammlung

in Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand der Ferienfrage.

2. Verbände- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen der Kollegen in dieser Versammlung  
ist unbedingt notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Untergzeichnete befestigt hiermit vom

1 Exemplar der **Freiheit**

„Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands  
mit der wöchentlich einmal erscheinenden  
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“  
zum Preise von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbmonatl.  
bei freier Zustellung ins Haus

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

(Namen deutlich schreiben, Briefe genau anstellen: vom, Post, Brief, Darsch)

Dieses Bestellschein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2,  
Breite Straße 5-9, einzusenden.

Der Verlag.

# Die Zustände im städtischen Osthafen

## Kein Verschulden des neuen Magistrats

Vom Genossen Stadtrat Wilhelm Schünning wird uns geschrieben:

Seit Wochen beschäftigt sich die gesamte Presse mit dem städtischen Osthafen. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, eine Antrage an den Magistrat zu richten. Wenn durch die Presseäußerungen und die Anträge dem jetzigen Magistrat der Vorwurf der Mißwirtschaft gemacht werden sollte, muß dieser Versuch mißlingen, denn die Untersuchung hat ergeben, daß die Mißstände in die Zeit 1919/20 fallen, womit nicht gesagt sein soll, daß vor 1919 eine Mißwirtschaft nicht bestanden hat.

Der jetzige Magistrat hat selbstverständlich die Gelegenheit benutzt, um die Verhältnisse auf dem Osthafen eingehend zu untersuchen. Auch die Staatsanwaltschaft hat sich der Angelegenheit bemächtigt und ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Das tatsächliche Ergebnis der bisherigen Untersuchung ist, daß

### eine Reihe Diebstähle

vorgekommen sind. Zahlenmäßig lassen sich dieselben nicht feststellen, da die Kontrolle durchaus mangelhaft war.

Vom März 1919 bis Januar 1921 wurden 310 Diebstähle festgestellt. Es handelt sich hier meist um kleine Mengen von 1/2 bis 10 Pfund.

Der jetzt entlassene Direktor hatte im Februar vorigen Jahres auf die Zunahme der Diebstähle hingewiesen und den Magistrat um eine Verfürgung ersucht, um diesen Unwesen entgegenzuwirken. Der Magistrat hat diesem Ersuchen Folge geleistet und eine Verfürgung erlassen, nach welcher die beim Diebstahl ertappten zu entlassen seien. Diese Verfürgung ist von dem Direktor nicht befolgt worden. Er hat vielmehr ein eigenes Strafgesetz aufgestellt. Hiernach wurden in den meisten Fällen Verwarnungen erteilt. In 28 Fällen Zwangsurteile mit Lohnabzug angeordnet, und in 17 Fällen Entlassungen vorgenommen. Strafverfügung nur in wenigen Fällen erteilt. Die Behauptungen des Direktors, daß Entlassungen in größerem Umfang vorgenommen seien, und die Kontrolle eine Lückenlos sei, haben sich als falsch erwiesen. Es muß vielmehr festgestellt werden, daß die Kontrollen nur als Stichproben zu bemerken sind; nur so läßt es sich erklären, daß bei Kontrollen der Kriminalpolizei, die auch nur Stichproben vornahm, bei Untersuchungen von 4 bis 5 Personen, 3 bis 4 Waren bei sich hatten.

Die Frage, ob der Betriebsrat die Kontrollmaßnahmen behindert habe, hat der Direktor verneint.

Die eigenartige Haltung des Direktors während der Untersuchung, seine mit den Tatsachen in Widerspruch stehenden Darlegungen, sowie die Nichtbeachtung der Magistratsverfürgung führten zu seiner Entlassung.

### Die Beurlaubung des Betriebsrates

erfolgte auf Grund einer Mitteilung der Eisenbahndirektion. Diese hatte festgestellt, daß ein Eisenbahnkassierer größere Quantitäten Mehl und Haferstroh von dem Betriebsrat gekauft hatte. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit wurde von der Staatsanwaltschaft geführt. Diese stellte fest, daß es sich um Waren handelte, welche für die menschliche Nahrung nicht mehr geeignet waren. Das in Betracht kommende Mitglied des Betriebsrates war von der Brotverforgung beauftragt, diese Waren zu verkaufen, und die vereinnahmten Beträge an die Brotverforgung abzuliefern. Nach dieser Feststellung des Staatsanwalts war der Verdacht gegen den Betriebsrat erhoben, und konnte derselbe seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Was nun zu außerordentlich schweren Bedenken Veranlassung gibt, sind die Mitteilungen einer Reihe von Firmen über ihre Erfahrungen bei Einlagerungen im Osthafen.

Eine Firma teilt mit, daß Säcke mit Mehl, die mit 90 bis 100 Kilogramm eingelagert waren, in 8 bis 20 Tagen nur noch 80 bis 95 Kilogramm wogen. Bei einer Partie von 300 Sack wurde ein Manko von 140 Kilogramm festgestellt. Eine andere Firma klagt ebenfalls über erhebliche Verluste bei Getreide. Außerdem wurden ihr Bretter und Bohlen, die zur Abdichtung der Waggonsladungen benötigt wurden, entwendet. Betriebsrat und Betriebsrat bestritten die Entwendung, die Firma weist aber darauf hin, daß ein Beamter des Osthafens aus dem Aufenhaltstraum der Arbeiter, Arme voll Bretter und Bohlen

herausholte und sie der Firma wieder zuführte. In einem anderen Falle klagt eine Firma über ein erhebliches Manko in Mehl, und erklärt, nachdem sie energisch Protest bei der Hafenerwaltung eingelegt hatte, ihr nachträglich ein Quantum wieder zur Verfügung gestellt wurde, welches sich irgendwo angelunden haben sollte. Eine Firma stellt fest, daß Osthafenarbeiter von ihren Angestellten

### größere Mengen Speck als Gehalt

angenommen haben und dafür Wein, Eier, Mehl, Hülsenfrüchte usw. an ihre Angestellten abgegeben haben. Eine weitere Firma behauptet, daß von einer Sendung Schuhwaren, Waren im Werte von 17 000 Mark entwendet worden seien. Eine andere Firma erklärt, daß bei einer Einlagerung von 10 005 Kilogramm Bod-ohst, 1637 Kilogramm Manko gewesen seien. Die Verwaltung der Auslandshilfe klagt über den Verlust ganzer Säcke und weist besonders auf einen Fall hin, wo drei übereinander auf einem Lustloch liegende

### Zuckersäcke zerhackt

waren und so ein Auslaufen des Zuckers ermöglicht wurde. Die Nährmittelabteilung fordert über 2000 Mark Schadenersatz. Diese ganze Angelegenheit ist geheim behandelt worden.

Die Abteilung Brotverforgung weist auf ein, bei der Bestandsaufnahme im Januar d. J. sich herausgestelltes Manko hin. Dasselbe beträgt circa 150 Doppelpentner.

### Die Brotverforgung fordert den Betrag von 31 307,95 Mark.

Auch dieses Manko wurde von dem Direktor bestritten. Eine jetzt erneut vorgenommene Bestandsaufnahme hat dasselbe Resultat gezeigt. Eine Weinfirma hat einen Verlust von 50 1/2 Kisten mit 2526 Flaschen Wein. Aus der Korrespondenz geht hervor, daß die Firma wiederholt ihr Bestreben über das Befinden des Weinlagers im Osthafen Ausdruck gibt. Sie fragt, wie es möglich ist, daß auf einem städtischen Speicher derartige Vorkommnisse passieren können. Die Hafenerwaltung hat sich mit der Firma in der Weise geeinigt, daß sie die Wiegebühren von 50 auf 15 Pf. ermäßigt hat. Bezeichnend ist folgender Satz aus einem Briefe der Firma:

„Außerdem haben Sie uns Vergünstigung bei neu eingelagerten Waren zugesagt, und sehen wir in dieser Beziehung den uns freundlich zugesagten Besuch Ihres Herrn Direktors entgegen, damit wir uns auch hierüber verständigen.“

Es können noch mehr solcher Dinge angeführt werden, doch dürften diese Beispiele zur Illustration genügen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder ist die

### Einlagerung in der denkbar schärflichsten Weise

vorgenommen worden, oder die Waren sind entwendet. Es wird schwer sein, alle diese Dinge restlos aufzuklären. Soviel steht fest,

### die Betriebsführung hat alles zu wünschen übriggelassen.

Mit diesem Schandrian muß es jetzt unter allen Umständen vorbei sein. Die jetzige Leitung des Hafens wird alles daran setzen, um das verlorengegangene Vertrauen zum Osthafen zurückzugewinnen. Sie hofft dabei auf die Mitwirkung des Betriebsrates und der Arbeiterschaft. Der Osthafen ist ein Kommunalbetrieb und muß als solcher, nicht nur in sozialer, sondern auch in moralischer Beziehung ein Musterbetrieb sein. Dem Gegner des Kommunalbetriebes sei gesagt, daß der jetzige Magistrat jede Mißwirtschaft mit allen Mitteln bekämpfen wird.

## Ins Leben hinein!

Die unter dem obigen Titel in unserem Verlage erschienene Schrift von E. Graf hat die Beachtung weiter Kreise gefunden. In der „Volkskirche“, Monatsblatt für den Aufbau und Ausbau unserer evangelischen Kirche bepricht ein Pfarrer Sräuglich aus Schöneberg die Schrift und bekämpft sie von seinem Standpunkt aus als einseitig und im „schlimmsten Sinne tendenziös“. Dann aber erklärt der Herr, daß das Buch Beachtung verdiene und man überlege sich unmissverständlich, was ihm von christlicher Seite aus entgegengesetzt werden könne, um es Konfirmanten in die Hand zu geben. Das Buch sei geschickt aufgebaut und interessant. Das Mißfallen der Geistlichkeit an dieser Schrift scheint uns den eben abgegangenen Stadtschulrat Fischer anstehend gemißt zu haben, denn er erteilte kürzlich eine Verfürgung folgenden Inhalts:

„Nach Mitteilung des Leiters der 28. Gemeindeschule hat es der Elternbeirat bei der letzten Schulentlassung durchgesehen,

zu tun haben.“ Um sie loszuwerden, steckte Peter das Flugblatt in die Tasche, schritt weiter und hatte nach zwei Minuten völlig den Vorfalle vergessen.

Peter dachte nach — das heißt, Peters Magen dachte für ihn, denn, wenn man den ganzen Tag nichts gegessen hat und sich am vorhergehenden Tag mit einer Tasse Kaffee und einem Sandwich begnügen mußte, so sinten die Gedankenzentren von oben in die Mitte des Leibes herab. Peter dachte, das Leben sei eine Hölle. Wer hätte ahnen können, er werde, bloß weil er einen schabigen Pfannkuchen gestohlen hatte, seine gute Stellung und die Möglichkeit, in der Welt vorwärtszukommen, verlieren? Peters ganzes Wesen war darauf eingestellt, in der Welt vorwärtszukommen, Erfolg zu erringen, das heißt Geld, was wiederum Befagen und Vergnügen bedeutet — diese Zauberinge, die alle Menschen anlocken.

Wer aber hätte voraussehen können, daß Frau Smithers ihre Pfannkuchen nachzählte, so oft jemand durch die Küche gegangen war? Einzig und allein dieser lächerliche Zufall verschuldete Peters gegenwärtiges Elend. Sonst hätte er auch heute sein Frühstück, bestehend aus schwachem Tee, gestroteten Heringen und Brot, im Hause der Schustersfrau verzehrt und in der Ersten Apostolischen Kirche, auch unter dem Namen die „Heiligen Koller“ bekannt, Zwietschkeit säen. auf das Vertreiben des hochwürdigen Gamaliel Lunk vom Predigerstuhl und des Einsetzen des Schusters Smithers zum Prediger hinarbeiten können, worauf dann Peter Gudge die rechte Hand des neuen Pastors geworden wäre.

Immer, die ganzen zwanzig Jahre seines Lebens, war es Peter so ergangen. Stets klammerte er sich von neuem an die Leiter des Wohlstandes, und dann geschah regelmäßig etwas — ereignete sich irgendein kläglicher Zwischenfall, wie der Diebstahl eines Pfannkuchens — und warf ihn abermals in den Abgrund des Elends.

Detart schritt Peter einher, mit eng zusammengeknalltem Gürtel, die ruhelosen blauen Augen nach allen Seiten schweifend lassend, auf der Suche nach einer Mahlzeit. Freilich gab es Arbeit, doch war diese schwer und hart, und Peter wollte eine leichte Beschäftigung. Es gibt auf der Welt Menschen, die von ihrer Muskelkraft, und andere, die von ihrem Verstand leben; Peter gehörte zu den letzteren und hatte auf manchen eine Mahlzeit verzichtet, um nicht von der sozialen Rangleiter hinabzugleiten.

Peter erspähte jedes vorüberkommende Gesicht, suchte darin nach Möglichkeiten. Etliche gaben ihm den Blick zu-

rück, doch stets nur eine Sekunde lang, denn sie sahen bloß einen unbedeutend aussehenden Menschen, verflümmert, unterernährt, die eine Schulter höher als die andere, mit schwachem Kinn und Mund, schiefen Zähnen und einem braunen Schnurrbart, der kraftlos niederhing. Aus Peters Strohhut schaute gar mancher Strohhalm, sein brauner Anzug mutete an, als käme er aus dritter Hand, seine Schuhe kräuselten sich an den Seiten. Wer würde in einer Stadt, da alle hasteten und strebten, Peter Gudge einen zweiten Blick schenken? Weshalb hätte sich jemand um die rastlose verborgene Seele kümmern, ahnen sollen, daß Peter in seiner Art ein Genie war? Niemand kümmerte sich darum, niemand ahnte es.

Es war im Juli gegen zwei Uhr nachmittags, die Sonne schlug auf American-City nieder, große Mengen stauten sich auf der Straße, und Peter sah überall Fahnen wehen. Bisweilen drang aus der Ferne Musik, und er fragte sich, was es wohl gäbe? Peter las keine Zeitungen; seine ganze Zeit war von den Streiftätigkeiten der Smithers- und der Lunk-Partei in der Ersten Apostolischen Kirche in Anspruch genommen, und die großen Ereignisse der Außenwelt berührten ihn nicht. Er wußte unklar, auf der anderen Erdhälfte seien ein halbes Dutzend großer Völker im Todeskampf verknallt; die ganze Erde bede unter ihrem Ringen, und auch Peter empfand bisweilen dieses Zittern. Doch wußte er nicht, daß auch sein Vaterland etwas mit dem europäischen Krieg zu tun habe und ahnte nicht, daß gewaltige Interessen die Allgemeinheit zur Tat antrieben.

Diese Bewegung hatte auch American-City erreicht und die Straßen stammten bunt in patriotischem Schmutz. In allen Schaufenstern brüllte in großen Buchstaben die Mahnung: „Erwache Amerika!“ Ueber die Hauptstraße waren Papierstreifen gezogen: „Bereite dich vor, Amerika!“ Auf dem Platz an einem Ende der Straße sammelte sich ein kleines Heer. — alte Veteranen aus dem Sezessionskrieg, ältere Veteranen aus dem spanischen Krieg, Milizregimenter, Matrosenbrigaden von den im Hafen liegenden Schiffen, Mitglieder der Bruderschaftslogen, angeführt von ihren Lord-Marschällen zu Pferd, mit goldenen Schärpen und wehenden weißen Fibern, und alle Notablen der Stadt in Wagen, dazu Musikkapellen und Tausende von Flagen. „Erwache Amerika!“ All diesem begegnete Peter Gudge mit leerem Magen und wußte nicht im geringsten, worum es sich handelte.

(Fortsetzung folgt.)

## Hundert Prozent

### Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

dem Manuskript übertragen von Hermann zur Mühlen  
Copyright by Der Verlag Berlin-Görlitz 1921

(Nachdruck verboten)

„Weissen fällt uns ein, eine Betrachtung darüber anzustellen, von welcher dünnen Fäden der Zufälligkeit die bedeutendsten Ereignisse unseres Lebens abhängen; schauernd rückzublicken und zu erkennen, wie nahe wir dem Abgrund des Nichts gekommen waren. Ein junger Mann schlendert gedankenlos, leeren Geistes, planlos eine Straße entlang; er gelangt an einen Uebergang, biegt, ohne zu wissen weshalb, nach rechts, statt nach links ein und begegnet einem blaueäugigen Mädchen, das ihm das Herz heftiger pochen läßt. Er begegnet dem Mädchen, heiratet sie — und sie wird seine Mutter. Wäre nun der junge Mann nach links, anstatt nach rechts abgebogen und hätte nie das blaueäugige Mädchen getroffen, wo wärest du jetzt, was wäre aus den Eigenschaften des Geistes geworden, die, deiner Ansicht nach, von so großer Bedeutung für die Welt sind, und aus den ersten Geschäftsangelegenheiten, denen du deine Zeit widmest?“

Etwas Wehnliches ereignete sich auch mit Peter Gudge; ein derartiger Zufall, der die Richtung seines ganzen Lebens veränderte und die Ergebnisse verursachte, mit denen sich diese Geschichte beschäftigt. Peter schlenderte eines Nachmittags durch die Straßen, da trat eine Frau auf ihn zu und hielt ihm ein bedrucktes Flugblatt hin. „Bitte, lesen Sie es“, sagte sie.

Peter, der hungrig war und jornig auf die ganze Welt, erwiderte mürrisch: „Ich habe kein Geld.“ Er wählte, es handle sich um eine Reklame, brummte: „Ich kann nichts kaufen.“

„Nicht um einen Kauf handelt es sich“, entgegnete die Frau. „Es ist eine Botschaft.“

„Religion?“ fragte Peter. „Ich bin soeben aus einer Kirchengemeinschaft hinausgeworfen worden.“

„Nicht um eine Kirche handelt es sich“, sagte die Frau. „Es ist etwas anderes. Stefen Sie das Blatt in die Tasche.“ Sie war eine ältliche grauhaarige Frau, folgte lächelnd, ihm ununterbrochen zurendend, dem kränklich, ärmlich aussehenden Fremden. „Lesen Sie es, wenn Sie gerade nichts anderes



# Drgeisch, Kinderelend, Presseball

## Deutscher Reichstag

Donnerstag, den 10. März 1921.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Reichstagsausschusses über die Verbilligung der Verwaltung. Dem Regierungsvorschlag entsprechend soll ein Ausschuss eingesetzt werden, bestehend aus dem Reichsminister des Innern als Vorsitzenden, sechs Mitgliedern des Reichstags, vier von der Reichsregierung zu ernennenden Mitgliedern und vier Mitgliedern des Reichsrats. — Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung mit dem Reichsministerium des Innern verbunden.

### Reichsministerium des Innern

Die Aussprache wird fortgesetzt. Abg. Dr. Schreiber (Zent.): Wir begrüßen das Jugendwohlfahrtsgesetz und das Gesetz zur Bekämpfung der Schundliteratur. Das Uchspielgesetz wirkt gegenständig. Beim Schulgesetz ist die Wahl der Aufsichtsräte von der Weimarer Abmachung fort. Die Volkshochschule kann ihre Erziehungsaufgaben nur erfüllen, wenn sie nicht religiös-neutral, sondern im Rahmen einer ersten Weltanschauung geleitet wird.

Abg. Dr. Everling (D. V.): Der Abgeordnete kann nur sehr schwer in den Nebenapparat des Ministeriums des Innern hineinkommen und die Notwendigkeit dieser oder jener Beamtenstelle nachweisen. Unsere Schüler sollen bei ihrem Abgang einen Eindruck der Verfassung erhalten. Die Einführung von Herrn Preuss, die diesem Buchlein vorausgeschickt wird, bedeutet ein ungünstiges Werturteil. In allen nichtreligiösen Schulen sollen alle Schüler an dem Religionsunterricht teilnehmen haben, sofern nicht eine regelmäßige Abmeldung vorliegt, denn Religion ist doch ein „ordentliches Verbot“.

Ohne Religion kann sich kein Kind in unserer Kulturwelt zurechtfinden.

(Zuruf links: In Ihrer Kulturwelt!) Haben Sie eine andere? (Zuruf: Ganz gemäß!) Die möchte ich mal sehen! Wir wollen nicht das Neue, das werden will, etwa von vornherein vorurteilsvoll verwerfen, wir wollen aber auch nicht Ewigkeitswerte des historischen Gewordenen, des Vergangenen leugnen.

Reichsminister des Innern Koch: Die Hinzufügung eines Wortes zum Abdruck der Reichsverfassung ist bereits vor meiner Zeit beschlossen, ich hätte aber ebenso gehandelt. Nicht meine Verwaltung erfordert zwei Milliarden, sondern

die Sicherheitspolizei erfordert eine Viertelmilliarde,

die Tumultschäden gar vierhundert Millionen.

### Abg. Dr. Moses (U. S. P.):

Man hat zu diesem politischsten aller Ministerien ganz unpolitisch gesprochen, wahrscheinlich um die Einheitsfront zu dokumentieren. Diesen ausschließlichen Versuch machen wir nicht mit. Das Ausland weiß doch Bescheid. Koch nie hat es sich so deutlich gezeigt, daß die Außenpolitik abhängig ist von dem Geist, der die innere Politik beherrscht. Es wird aber in Deutschland nicht zu Ruhe und Ordnung kommen, solange man der Arbeiterschaft nur die gepanzerte Faust zeigt. Gegen hochverräterische Bewegungen von links hat der Minister die Staatsanwälte in einem besonderen Erlaß starkgemacht, hochverräterische Bestrebungen von rechts gibt es anscheinend nicht. Muß denn ein demokratischer Minister durchaus den Ehrgeiz haben,

### auf Putzkamerapuren zu wandeln?

Dieser altpreukische Volkseifer macht uns zum Gespött der ganzen Welt. Wenn der Minister von der Bekämpfung der Drgeisch spricht, so schenkt die Tuguzen nur. Er darf es uns nach seinen Latein nicht abnehmen, wenn wir ihm dabei keine Gaben schenken. Zwischen den Landesregierungen und der Reichsregierung werden Rotten gewechselt, die man geheimhält, und

dabei lassen sich die Abgeordneten ein Urteil über Innenpolitik bilden. Wir haben hier nicht, wie Herr v. Delbrück gestern sagte, einen überpannten Parlamentarismus — wir haben kaum die Anfänge eines wirklichen Parlamentarismus. Sicherlich ist wichtig der ungeheuer le Könige der demokratischen Republik. Ich weiß nicht, ob die Meldung des Hamburger Korrespondenten von einem Besuch Noakes bei Escherich

auf Wahrheit beruht; jedenfalls sind beide zwei Seelen und ein Gedanke, zwei Herzen und ein Schlag. Die Drgeisch ist die große Gefahr für unsere Außenpolitik. Ein Zent Professor Schulz bezeichnet die Drgeisch freilich als Heilserum des deutschen Volkes — solchen deutschen Professor machen uns die anderen auch nicht nach. Ein demokratisches Blatt, der „Frankfurter Kurier“, bezeichnet die Frage, ob Monarchie oder Republik, für eine demokratische Politik als gleichgültig; da sehen wir, wie weit wir mit den Demokraten bei einem Entscheidungstakt um diese Frage kommen werden. Für Sicherheitspolizei und Wehrmacht werden Milliarden ausgegeben,

für die Bekämpfung der Tuberkulose nur 2 Millionen.

Wo bleiben da die Mittel, um der physischen Vereinfachung der Massen entgegenzutreten? Spielplätze und Jugendschutz wären bessere Maßnahmen gegen das Verbrechertum als Polizei. Bei dem brennenden Problem der Wiedereingliederung, dessen Lösung Voraussetzung ist für das Wiedereinstreten aller geistigen und sittlichen Kräfte, können sich die Volkshochschule von rechts und links begegnen. Es ist höchste Zeit, die breiten Massen vor dem katastrophalen Zusammenbruch zu bewahren, vor dem sie stehen. Graf Kessler hat über die Kinderelände in Berlin wahrhaft grauen-erregende Schilderungen veröffentlicht.

Unsere Bourgeoisie aber feiert Karneval das ganze Jahr hindurch.

Sie läßt sich durch hungernde und stierende Kinder in ihrem Vergnügen nicht stören. Die Presse bringt spaltenlange Ankündigungen von Festen aller Art, und auf dem Presseball fand sich die ganze Schieblokratie zusammen. Die „Germania“ schrieb: Bemerkenswert stark war die Reichsregierung vertreten. Reichskanzler Fehrenbach war da, und die ganze Regierung, auch Herr Koch. (Minister Koch widerspricht.) Dieser Presseball mit seinem unerhörten Luxus war ein Skandal sonstgleichen. Der Korrespondent einer amerikanischen Zeitschrift hat mir erklärt, daß diese Erscheinungen und die Berichte über solche Luxusveranstaltungen das Eintreten für Deutschland im Ausland sehr erschwere. Dies alles ist der Beweis, daß das Bürgertum unfähig ist, uns aus dem Sumpf herauszuführen. Aber seine geliebte Ruhe und Ordnung wird das Bürgertum bei den ungeheuer schwarzen Klassenkämpfen einbüßen, die eine Folge dieser Erscheinung sein werden. Nur der Sozialismus ist imstande, die Massen vor dem Untergang zu bewahren. (Lebhafter Beifall b. d. U. So.)

### Demokratisch-ministerielle Frechheiten

Minister des Innern Koch: Uebertriebener Luxus herrscht in allen Kreisen, denen Mittel zur Verfügung stehen. Auf dem Presseball war ich nicht anwesend, ohne aber die Teilnahme des Reichskanzlers und der Minister zu mißbilligen. Sie haben an dem Presseball teilgenommen, weil das einer alten Tradition entspricht. (Gelächter links.) Die Teilnahme an diesem Feste hat den Zweck, zu bekunden, daß die Reichsregierung auf eine enge Fühlung mit der Presse Wert legt. Auf die Gestaltung des Festes haben die Minister natürlich keinen Einfluß. Ich bin überzeugt, wenn die Regierung nicht teilgenommen hätte, hätte man ihr aus denselben Kreisen heraus, die jetzt ihre Teilnahme kritisieren, den Vorwurf gemacht, daß sie auf gute Beziehungen zur Presse keinen Wert mehr lege. (Entrüsteter Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Anträgen, Reberetabfindungsgefeh, Wiederaufbauministerium, Rest von heute.

Darlegung gab Schünning ein Bild von den Vorgängen, wie sie bereits an anderer Stelle dieses Blattes im Zusammenhang geschildert sind. Seine Ausführungen machten einen tiefen Eindruck und bewiesen, wie sehr der neuen Verwaltung darum zu tun sei, geordnete Zustände im Osthafen zu schaffen. Sie bewiesen aber auch, daß der Betriebsrat alle Ursache hätte, das dankbar anzuerkennen, daß Schünning gerade in großer Rücksicht auf den Betriebsrat keine Maßnahmen getroffen hat. Er hat keine Ursache, sich noch auf hohe Forderungen zu setzen und Schünning anzusetzen, wie er das heute tut. Für die Arbeiterschaft ist es kein Ruhmesblatt, wie im Osthafen verfahren worden ist.

In die Ausführungen Schünnings knüpfte sich eine kurze Debatte. Stadtverordneter R. Schmidt (U. S. P. D.) begründete hierzu einen Antrag seiner Fraktion, der verlangt, einen Ausschuss von 16 Personen einzusetzen, der die Vorgänge am Osthafen untersuchen soll. Er bemängelte dann, daß die Magistratsvertreter gegen den Betriebsrat vom Osthafen vorgegangen sind, ohne die Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes zu beachten.

Stadtverordneter Schünning stellt fest, daß der Betriebsrat an der ersten Sitzung teilgenommen hat. Stadtverordneter John (U. S. P. D.) bringt sein lebhaftes Bedauern über die Vorommnisse am Osthafen zum Ausdruck. Wenn einzelne Arbeiter sich vergangen haben, so verurteilen wir das auf das Schärfste. Die Sicherheitsmaßnahmen, die die Hafenerwaltung ergreifen hatte, waren völlig unzureichend. Der Redner weist dann an Hand mehrerer Beispiele nach, daß der Verwaltungsdirektor durch sein Verhalten der Arbeiterschaft ein sehr schlechtes Beispiel gegeben habe. Er verliest dann ein Schreiben des Gesamtbetriebsrates des Magistrats Berlin, in welchem zum Ausdruck kommt, daß in einem ordentlich geleiteten Betrieb derartige Vorommnisse, wie im Berliner Osthafen, unmöglich sind.

Zum Schluß seiner Ausführungen rechnete Genosse John mit dem schneidenden Wortschatz der Bürgerlichen gründlich ab. Stadtverordneter Koch gibt namens seiner Freunde die Erklärung ab, daß sie von der Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission Abstand nehmen.

Nach einem kurzen Schlußwort des Stadtverordneten R. Schmidt (U. S. P. D.) wird der Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Nachdem eine Anzahl kleinerer Vorlagen ohne Debatte angenommen worden waren, schloß der Vorsitzende Dr. Weßel die öffentliche Sitzung um 9 1/2 Uhr.

### Arbeits- und Obdachlose im Rathaus

Gestern während der Tagung der Stadtverordnetenversammlung kam von der im Lustgarten stattgefundenen Demonstration der U. S. P. D. eine Menge vor das Rathaus gezogen, von der die U. S. P. D. wieder Erwerbslose und Obdachlose ins Rathaus dirigierte. Aus verschiedenen Parteien bestehend, trat eine Kommission von Stadtverordneten mit dem Delegierten der Obdachlos- und Erwerbslosenfürsorge sofort zusammen, um die Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen. Die Kommission bestand aus Pastor Koch, Pastor Salzgeber und Stadtverordnetem Egner von den bürgerlichen Parteien im Beisein der Vertreter der U. S. P. und R. P. D. Die Leitung dieser Aussprache führte Stadtrat Hünge. Es waren dieselben Beschwerden, die in Anträgen den Stadtverordneten vorliegen und die sich auf die Verpflegung, Bekleidung und die Maßnahmen der grünen Polizei beziehen. Es wurde auch gefordert, daß den Obdachlosen die Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Bei der Frage der Bekleidung kam zum Ausdruck, daß seit der Übernahme der Hofkammer durch den Stadtrat Hünge die Bekleidung erheblich besser geworden sei; auch das Bekleidungsstudie gegeben worden seien, daß aber bei dem großen Andrang dem Stadtrat Hünge leider Schranken gesetzt worden sind. In der Frage: Zahlung der Erwerbslosenunterstützung, erklärte der Stadtrat Weßel, er habe schon vor längerer Zeit sich mit den Behörden in Verbindung gesetzt, um die hindernissen gesetzlichen Bestimmungen außer Betracht zu lassen und die

Möglichkeit zur Erwerbslosenzahlung zu schaffen. Er hofft, daß es ihm gelingen werde, daß in den nächsten Tagen mit der Auszahlung begonnen werden kann. Im übrigen wurde von den Vertretern der U. S. P. die absolute Zufolge gegeben, mit allen Kräften für die Linderung der sichtbaren Not zu sorgen.

Erläuternd war der Anblick: Keiner der Deputationsmitglieder aus dem Obdach hatte ein Hemd auf dem Leibe! Zwei waren ohne Hosen! Keiner hatte einen Schuh! Zwei waren ohne Hemden! Ein Kriegsbefehlshaber mit dem Eisernen Kreuz auf der Brust, erschien, alle Glieder von Nervenerschütterung zitternd, in der Verhandlung bei der kleinsten Erregung in Krämpfe fallend, gehörte ebenfalls der Deputation an. Wo bleibt die Kriegsbefehlshaberfürsorge? Ist das der Dank des Vaterlandes? Es wurde auch gesagt, daß diesem Kriegsbefehlshaber die Kriegsunterstützung entzogen worden wäre, weil er obdachlos sei! Hier muß energisch durchgegriffen werden. Hier muß in Summen Hilfe zueinander werden um diesem Elend zu steuern!

Schuld an diesem Elend trägt die bürgerliche Gesellschaft. Die Profligator des Kapitals ruft Not und Elend hervor. Ihr das Hemd zu brechen, ist eine Aufgabe des kämpfenden Proletariats!

## Jugendbewegung

### Schafft Arbeitsgruppen!

A. F. Wir wollen die „Sozialistische Proletarierjugend“ neu organisieren. Und das ist gut so! Nach der Weimarer Spaltung der „Kommunistischen Jugend“ übernahmen wir die Ortsgruppen von dem parteikommunistischen Teil und ihre Arbeitsmethoden. Genau in der gleichen Art wurden die neuen Ortsgruppen gegründet. Die Frucht dieser Arbeit wurde in Leipzig offenbar. Einem zweiten Leipzig müssen wir vorbeugen. Die Arbeitsmethoden waren bisher: Vorträge, Diskussionen, Spiele und andere Unterhaltungen.

Vorträge: Die Vorträge waren langatmig, ermüdend und oftmals sogar abstoßend. Das Vortragsprogramm einer Ortsgruppe war meist ganz wahllos zusammengestellt und so hatte auch der gute Vortrag auf den aufmerksamsten Jugendlichen wenig nachhaltige Wirkung. Wer in der Jugendbewegung arbeitet, weiß, wie wenig gute Vorträge und wie wenig aufmerksame Jugendliche es gibt.

Da möchte ich gleich die Ortsgruppenleiter auf ein Grundübel unserer Organisation aufmerksam machen. In fast jeder Ortsgruppe war es so, daß der Leiter immer froh war, das Wochen- oder Monatsprogramm auszufüllen mit irgend etwas was ihm einfiel. Da wurden Rezitationsabend gänzlich unvorbereitet abgehalten, Dichteraend von Genossen geleitet, die kaum einige wenige Gedichte des betreffenden Dichters kannten usw. Ist es nicht ganz selbstverständlich, daß die Jugendlichen jedes Interesse an den ihnen langweilig erscheinenden Vortragsdarbietungen verloren und lieber Motria treiben zum Entsetzen des Vortragenden und des Leiters? Oder in der Diskussion sich darüber stritten, ob X. zu rechtsstehend war oder Y. die Bewegung sabotierte oder Z. ein „Rindvieh“ war? — Nun, die in der Jugend arbeiten, werden davon ein Liedchen singen können. —

Den Gruppenleitern unterbreite ich hier folgende Vorschläge: Schafft eine Arbeitsgruppe von Mitgliedern, gebt ihnen 4-6 Wochen Zeit, sich auf ein gegebenes oder selbstgewähltes Thema vorzubereiten und laßt sie referieren.

Augenblicklich liegen die Vorteile. 1. Der jugendliche Vortragende lernt seine Gedanken wohlgeordnet in freier Rede vorzutragen; 2. fühlen sich die zuhörenden Mitglieder nicht als geistig untergeordnet unter dem Referenten, sondern versuchen, durch Rede und Gegenrede ihre eigenen Ansichten mit denen des Vortragenden zu einigen. — Laßt aber niemals die ungeschulten jugendlichen Referenten sofort vor den versammelten Mitgliedern sprechen. Erst müssen genügend vorbereitende und von der Arbeitsgruppe kritisierte Vorträge im engen Kreis der Referentengruppe gehalten werden. — Das erste Mal wird sich ein Vortrag kaum gelingen. Versucht es noch einmal und noch einmal und habt ihr es erst eingeführt, so werdet ihr sehen, wie fruchtbar diese Vorträge sein werden. —

Diskussionen: Sie waren, offen gesagt, gar oft schauerhaft gräßlich. Wenn es um Klass ging, dann war gewöhnlich die einzige große Generaldiskussion. Sonst sprach A., B., C., D., E., F. usw. bis die zwei oder drei Redner im schärfsten Wortgefecht lagen und die anderen — Motria trieben, das die immerwährend geschwungene Glode des Leiters nur noch vermehrte. (Wann wird übrigens diese so ganz jugendliche Glode aus unseren Veranstaltungen verschwinden?) Und doch müssen wir die lebendige Diskussion entfachen, weil sie unbedingt notwendig ist zur Klärung unserer Gedanken.

Was aber tun? — Einen guten Teil werden schon die Referentearbeitsgruppen helfen. Aber die Hauptsache bleibt den Referenten aus Erwahtenkreisen vorbehalten. Ich richte hier die dringende Bitte an euch: Haltet der Jugend keine Vorträge, wie man es gewohnt ist. Stets ist ein frisches Mißverhältnis vorhanden zwischen der angewendeten Mühe des Referenten und seinem Erfolg. Laßt euch nicht durch Beifall täuschen. Laßt doch — oder besser, versucht es, die Jugendlichen reden zu lassen, laßt sie die Fäden, laßt sie nicht abwischen vom Ziel. Fragt sie, fragt sie immer wieder, laßt euch durch sie belehren, stellt nur richtig, sagt eure Meinung dazu, aber urteilen müht ihr sie selbst lassen. Nur helfen dürft ihr ihnen bei ihrem Urteil und den Schlußfolgerungen. Es ist lange nicht so schwer, wie es hier aussieht, wenn der gute Wille des Referenten da ist, nicht nur zu geben, sondern auch zu nehmen. So wird von ihm bald die Hilfe des unbedingten Lehrers abfallen und der ältere Kamerad wird bleiben. Wieder möchte ich sagen: Gestalt es auch die ersten Male nicht so ganz, wird es doch mit der Zeit gelingen und dann wird der Erfolg euch Lohn genug sein. —

Weiter schafft Lesegruppen, Kurzusgruppen, Gesangsgruppen usw., wie sich ganz selbstständig schon Spiel- und Wandergruppen gebildet haben. Wendet nicht ein, daß die Zimmermiete zu teuer wäre, jeden Abend (die Woche höchstens einmal) zieht zu einem anderen Gruppenmitglied und taat dort. Dadurch wird höchstens das kameradschaftliche Gefühl gesteigert. Die angewandete Mühe wird reichlich verzinst werden.

### Die Zustände im Lichtenberger Jugendheim

Von der Stadt Lichtenberg wird in der Doststraße 22 das Jugendheim, welches bis vor kurzem Eigentum der U. S. P. D. war, weiter erhalten. Dasselbe ist den Organisationen der Jugend und zwar der Kommunistischen Jugend und der Soz. Proletarierjugend zur Verfügung gestellt, die unter sich regeln, in welcher Weise die Räume verteilt werden. Dies gibt jedoch zu dauernden Reibereien Anlaß. Die Soz. Proletarierjugend machte den Vorschlag, jeder Organisation an drei Tagen die Benutzung zu gewähren, jedoch wurde dies sonderbarerweise von der U. S. P. abgelehnt. In den letzten Tagen scheint den kleinsten Genossen der U. S. P. ihre zahllose Stärke in den Kopf geblieben zu sein, denn sie spielen sich als alleinige Herren des Jugendheims auf. Man schreit seit der Verbreitung falscher Gerüchte nicht ab, daß nämlich die U. S. P. nicht mehr besteht. Der Höhepunkt dieses Treibens wurde jedoch am Sonntag, den 6. März, erreicht. In schändlicher Art und Weise wurden die Verhandlungen, die zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern geführt waren, gebrochen, und den Mitgliedern der U. S. P.

## Berliner Stadtverordnetenversammlung

### Fortsetzung der Etat-Debatte

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Groß-Berliner Stadtparlaments gab der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse Dr. Weßel, einen von G. H. B. (U. S. P. D.) gestellten Dringlichkeitsantrag bekannt. Es wird darin verlangt, die städtischen Miets für die obdachlosen Erwerbslosen, die nicht in der Lage sind, eine eigene Wohnung zu beziehen, als Wohnung anzuerkennen. Da die Dringlichkeit nicht anerkannt wird, kann der Antrag jedoch nicht in dieser Sitzung zur Beratung gestellt werden.

Hierauf wird die Aussprache über den Haushaltsplan fortgesetzt. Stadtverordneter Merz (Dem.): Die Verhandlungen dieser Versammlung haben sich mehr und mehr in kommunistischen Agitationsreden aufgelöst. Bei der Rede des Stadtverordneten Pfeiffer (Komm.) am Schluß der letzten Sitzung, muß man sich fragen, was darin noch überwiegt: die lebhafteste Phantastik, die Ahnungslosigkeit, die Verantwortungslosigkeit oder der Mangel an väterlichem Gefühl. Bedauerlicherweise habe auch Herr Leid den Kampf von Klasse zu Klasse proklamiert. (Sehr richtig! links.) Das beweist nur, daß Sie den Krieg noch nicht überwunden haben. Aus den Vorgesängen Versailles, Spaa und London muß jeder deutsche Patriot die Lehre ziehen, daß der Zusammenbruch das Gebot der Stunde ist. (Beifall und lärmende Unterbrechungen links.) Die Los-von-Berlin-Bewegung ist von gewissen Kreisen künstlich entfacht. Wenn wir dieser Bewegung Herr werden wollen, dürfen wir aber nicht weiter, wie schon mehrfach gesehen, unter dem Druck der Straße Ausgaben bewilligen, die in keiner Weise geeignet sind, das Vertrauen ruhiger Vorortgemeinden zu erwerben. (Beifall und Widerspruch.)

Adolph Hoffmann (Komm.) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage, die Sitzung zu unterbrechen. Vor dem Rathaus steht eine unzählige Menschenmenge, Tausende Arbeiter und Erwerbslose, die eine Deputation abgelehnt haben. Ich erlaube Herrn Merz, die Rede, die er hier über die Arbeiter gehalten hat, von dem Balkon des Rathauses zu der Menschenmenge zu halten und beantrage, daß dann die Deputation hier empfangen wird. (Große Unruhe rechts.)

Vorsteher St. B. Fabian: Weder die Geschäftsordnung noch die Städteordnung gibt eine Handhabe zum Empfang solcher Deputation, außerdem liegt ein Beschluß der Versammlung vor, eine solche Deputation bei den Verhandlungen zuzulassen. — St. B. Dope (Dem.): Die Versammlung möge von ihrer Souveränität Gebrauch machen und ihre Beratung fortsetzen. — Vorsteher Fabian: Ich wiederhole, daß die Versammlung schon einmal einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt hat. — St. B. Habel (Komm.): Solcher Beschluß gilt doch nicht für ewige Zeiten! — Ein alsdann gestellter Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird von der äußersten Linken mit ungeheurer Eile abgelehnt. Man hört stöhnende Worte wie: Freiheit! Ihnen wird das Lachen bald vergehen usw. — Die Versammlung beschließt, über den Antrag vorzugehen usw. — Die Versammlung überzugehen, was neuen Hoffmann zur Tagesordnung überzugehen, was neuen großen Lärm auslöst. (Ein großer Teil der Linken hatte vorher den Saal verlassen, um zu den Demonstranten vor dem Rathaus zu gehen, wo die Stadtverordneten Hoffmann und Ostrowski zu der Menschenmenge sprachen.)

In der alsdann fortgeführten Aussprache über den Etat sprachen Stadtverordnete Busch (Wirtsch. Pg.) und Stadtrat Schmidt für das Zentrum. Der Etat geht an einen Ausschuss von 25 Mitgliedern, der aber herzlich wenig tun kann. Dann erfolgt die Beantwortung der Anträge der Deutschnationalen über die Diebstähle im Osthafen. Nach einer kurzen Bemerkung durch Stadtrat Koch nahm Stadtrat Schünning das Wort zu einer eingehenden Darlegung der ganzen Sachlage. In ruhiger

